

Pressemitteilung

Stellungnahme des Verwaltungsrates der Kath. Kirchengemeinde St. Maria Magdalena Reichelsheim / Dorn-Assenheim zur Ablehnung des Ergänzungsantrages der CDU zum Tagesordnungspunkt 5 der Stadtverordnetenversammlung am 21.06.2017 durch das Parlament.

Der Verwaltungsrat nimmt mit großer Verwunderung und Enttäuschung die Ablehnung des Ergänzungsantrages der CDU Fraktion durch die Parlamentsmehrheit von SPD und FW zur Kenntnis, mit dem Bistum Mainz und der Kath. Kirchengemeinde als Träger keinerlei Gespräche in Sachen Erweiterung der Kinderbetreuung zu führen. Dieser Beschluss veranlasste den Verwaltungsrat zu einer außerordentlichen Sitzung am 28.06.2017, um über die Weigerung der Stadtverordnetenversammlung mit den kirchlichen Gremien zu sprechen und die daraus neu entstandene Situation zu beraten.

Leider wurde auch in den Berichten der WZ vom 28.06.2017 der Grund des Ergänzungsantrages der CDU ungenügend dargestellt und den Verhandlungen mit der Kirche von vornherein wenig Chancen auf Erfolg eingeräumt.

Bereits im Gespräch am **22.09.2016** wurde der Stadtverwaltung vom Bistum Mainz den zwischen den Hessischen Diözesen Fulda, Limburg u. Mainz und dem Land Hessen abgestimmten Betriebsvertragsentwurf erläutert. **Zuvor wurde in einem Telefonat seitens des Bistums gegenüber der Stadtverwaltung Gesprächsbereitschaft hinsichtlich einer möglichen Beteiligung des Trägers an den Personalkosten mitgeteilt.** Diese Fakten scheinen den Stadtverordneten wohl völlig unbekannt zu sein. Sie werden, warum auch immer, in keiner Weise beachtet.

Es bestand mit der Stadtverwaltung seit **Ende 2016** Einvernehmen darüber, dass auch eine Container-Aufstellung als Zwischenlösung **einer vertraglichen Regelung** bedarf, entweder durch Ergänzung des bestehenden Betriebsvertrages oder durch eine Vertragserneuerung.

Da im Interesse der Kinder und Eltern nur eine Containeraufstellung als Zwischenlösung für eine schnelle Abhilfe der fehlenden Kita-Plätze sorgt, steht die Kath. Kirchengemeinde weiterhin zu den getroffenen Beschlüssen zur Containeraufstellung. Die Kath. Kirchengemeinde hält bei objektiver Abwägung aller Argumente nach wie vor die An- u. Umbaumaßnahme der Kita St. Elisabeth zur Erhöhung auf bis zu 99 Plätzen für sinnvoll und richtig.

Der Verwaltungsrat steht zu Gesprächen einer vertraglichen Regelung zur Verfügung, welche allerdings vor Beginn der Baumaßnahme zur Containeraufstellung abgeschlossen sein sollten.